



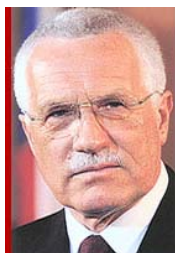
Machtpoker dauert an: ODS Minderheitsregierung nicht bestätigt Linke erneut geschlossen gegen Bürgerliche Wunsch kabinetts der europäischen Konservativen gescheitert

ODS verliert Vertrauensabstimmung

Vier Monate nach den Parlamentswahlen in Tschechien verlor die konservative Minderheitsregierung die Vertrauensabstimmung. Das Kabinett von Ministerpräsident **Mirek Topolánek (Foto)** erhielt am Dienstag **nur 96 von 195 abgegebenen Stimmen**. Zum Erfolg



wären bei gleicher Stimmanzahl zwei positive Voten mehr notwendig gewesen. Nach der verlorenen Abstimmung werden das Kabinett sowie Ministerpräsident Topolánek voraussichtlich am Mittwoch kommender Woche zurücktreten. Der Rücktritt ist in der Verfassung nicht zwingend vorgesehen. Vielmehr bleibt die Regierung solange im Amt bis **Präsident Václav Klaus (Foto)** einen neuen Auftrag zur Regierungsbildung erteilt, stellt der Analyst JUDr. Jiří Georgiev klar. **Für die Min-**



derheitsregierung stimmten die **ODS, die Grünen und die Mehrheit der christdemokratischen KDU-ČSL**. Drei Abgeordnete der KDU – Libor Ambrozek, der ehemalige Parteichef Miroslav Kalousek und Ladislav Šustr – verließen aber vor der Wahl das Plenum. Dies gibt Anlass zu Spekulationen, da das Regierungsprogramm der ODS im Vorfeld mit den Christdemokraten abgestimmt war. Inhaltliche Differenzen können also kein Grund dafür sein. Ambrozek sagte nach der Vertrauensabstimmung, dass er eine Übereinkunft mit der sozialdemokratischen ČSSD durchaus für möglich hält, ruderte dann aber zurück: Alles nur im Rahmen der Handlungsspielräume, die durch die Parteigremien eröffnet werden! Verhandlungen der KDU-Führung mit der ČSSD hatten im Sommer an der Parteibasis der Christdemokraten für erheblichen Unmut gesorgt und Kalousek den Vorsitz gekostet (dazu mehr auf Seite 3).

Topolánek nahm an der Abstimmung ebenfalls nicht teil, um einen Krankheitsfall in der ČSSD

heitsfall in der ČSSD auszugleichen. Diese Geste der Orientierung an demokratischen Basisregeln (pairing), trug ihm viel Respekt ein.

Wunschkabinett der europäischen Konservativen gescheitert

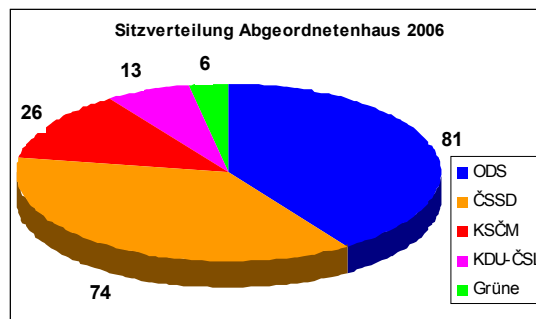
Das Kabinett der ODS war aus Sicht der europäischen Konservativen ideal. Es trug die klare Handschrift Topoláneks und ließ eine europafreundliche Politik erwarten. Das Regierungsprogramm wies positive wirtschaftspolitische Ansätze wie die Senkung von Steuern und Abgaben auf. Die Erweiterung der EU sowie die Intensivierung der Beziehungen zu den tschechischen Nachbarn nahmen einen wichtigen Stellenwert ein.

Die Aufgeschlossenheit gegenüber der EU zeigte sich auch in der personellen Zusammensetzung des Kabinetts: So wurde der erfolgreiche Bürgermeister von Aussig Petr Gandalovič Minister für Regionalentwicklung. Mit Alexander Vondra, ehemals Botschafter in den USA, wurde ein von der ODS nominierter Unabhängiger Außenminister. Mit Jiří Pospíšil als Justizminister, Ivan Langer als Innenminister und dem Mähren Petr Necas als einzigem stellvertretenden Ministerpräsidenten waren anerkannte Persönlichkeiten Teil des Kabinetts. Arbeits- und Sozialminister Petr Nečas, Gandalovič, Vondra und Langer unterhalten enge Kontakte zur KAS. Diese „Wunschkonstellation“ ist jetzt gescheitert.

Rückblick: Die Wahlen im Juni

Die Wahlen zum tschechischen Abgeordnetenhaus, die am 2. und 3. Juni stattfanden, führten zu einem denkbar ungünstigen Ergebnis: Ein **Patt von genau 100 zu 100 Sitzen** zwischen linken und rechten Parteien. Das erschwerte erheblich die folgende Regierungsbildung. Die bislang **oppositionellen Bürgerdemokraten der ODS**

konnten aber die seit 1998 regierende sozialdemokratische ČSSD als **stärkste Kraft im Parlament** ablösen. Sie legten erheblich auf 35,4 Prozent der



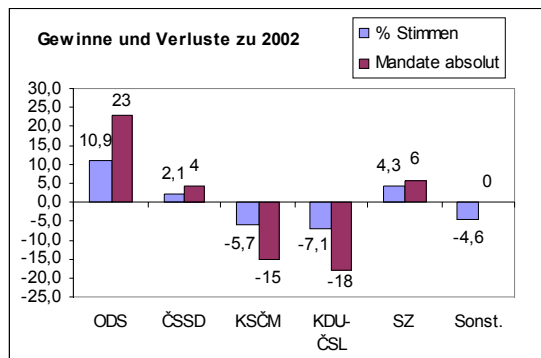
Stimmen und 81 Mandate zu. Mit ihren Koalitionspartnern, der Volkspartei KDU-ČSL und der neu ins Parlament gekommenen Partei der Grünen (SZ), fehlte ihr aber ein einziges Mandat zur Mehrheit.

Neben der ODS, die das beste Ergebnis ihrer Geschichte einfuhr, konnten auch die Sozialdemokraten um Ministerpräsident Jiri Paroubek leicht auf 32,3 Prozent der Stimmen zulegen. **Verlierer der Wahl waren die Kommunisten, die Volkspartei und die sonstigen Parteien sowie die Liberalen.** Diese verfehlten die 5-%-Hürde klar. Die Wahlbeteiligung konnte auf 65 Prozent gesteigert werden. Dies half offensichtlich der ODS, der ČSSD und den Grünen. Für die Parteien mit ausgeprägter Stammwählerschaft – die Volkspartei sowie die Kommunisten – war dies ein Nachteil. Auffallend ist auch die Herkunft der verschiedenen Wählergruppen: Während die ČSSD vor allem in den ländlichen Gebieten und in Mähren punkten konnte, war die ODS in den großen Städten, Böhmen und bei den jüngeren gebildeten Wählern erfolgreich.

Politische Mitte mit großen Zuwächsen

Das Spektrum der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien zeigt: Die

Mitte mit der ODS und der ČSSD gewann, während die Kommunisten geschwächt aus der Wahl hervorgingen. Die großen Parteien, die sich an der Regierung abwechseln, haben im Vergleich zu kleineren und Splitterparteien an Akzeptanz gewonnen. Die politische Praxis, wie sie aus westeuropäischen konsolidierten Demokratien bekannt ist, setzt sich durch: Zwei große, relativ gemäßigte politische Blöcke unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung stehen sich gegenüber und werben um den Wähler. Kleinere Parteien verlieren daher an Bedeutung. Sie können den Wählern keinen ernstzunehmenden Einfluss auf das politische Geschehen bieten. So sind wiederum nur 5 Parteien im tschechischen Parlament vertreten. Der Rückgang der Zustimmung für „Sonstige Parteien“ zeigt, dass sich der Konzentrationsprozess im tschechischen Parteiensystem fortsetzt.



Linke erstmals seit 1992 ohne Mehrheit

Hervorzuheben ist, dass in Tschechien zum ersten Mal den Wahlen 1992 keine rechnerische Mehrheit der Linken existiert. Die Dreier-Koalition aus ODS, Volkspartei und Grünen konnte erheblich mehr Wählerstimmen als Kommunisten und Sozialdemokraten gewinnen. Aufgrund des Wahlsystems bildet sich diese Überlegenheit in der Sitzverteilung nicht ab.

Zähes Ringen um Regierungsbildung

Die Prognose, dass das knappe Wahlergebnis die Bildung einer Regierung erschweren würde, bestätigte sich in den darauf folgenden Koalitionsgesprächen. Der tschechische Präsident Václav Klaus betraute zwar nur wenige Tage nach der Wahl den Vorsitzenden der ODS, Mirek Topolánek mit der Bildung der künftigen Regierung. **Bis Anfang September 2006 waren jedoch alle Gesprächsversuche gescheitert.** Dabei waren die ersten Koalitionsgespräche zwischen den „natürlichen“ Partnern ODS, der christdemokratischen Volkspartei KDU-ČSL und den Grünen erfolgreich verlaufen. Einziges Problem war das fehlende Mandat zur Mehrheit im tschechischen Parlament. Das Vorgehen der Sozialdemokraten ČSSD und vor allem



ihres Vorsitzenden, dem vorigen **Ministerpräsidenten Paroubek (Foto)** erwies sich in der Folge als die Hauptursache für den Stillstand. Aufgrund fehlender eigener Mehrheit war Topolánek dazu bereit, der ČSSD im Gegenzug für Unterstützung oder zumindest Duldung den Posten des Parlamentspräsidenten anzubieten. Es wurde also eine ähnliche Konstellation wie in den 1990er Jahren angedacht, als die ODS im „Oppositionsvertrag“ die ČSSD im Gegenzug für politische Ämter als Regierungspartei tolerierte. Diese Strategie ist jedoch brisant: Dem Parlamentspräsidenten obliegt es, den Ministerpräsident zu ernennen, wenn zwei vorherige Versuche zur Bestätigung der Regierung im Parlament scheiterten. Paroubek und die ČSSD hätten daher gemeinsam mit den Kommunisten die Möglichkeit gehabt, die Vorschläge der ODS erst scheitern zu lassen und dann einen eigenen so-



zialdemokratischen Kandidaten zum Ministerpräsidenten zu ernennen. So misslangen im Juli alle Versuche, einen Parlamentspräsidenten zu wählen. Für die ODS kam eine große Koalition mit der ČSSD nicht in Frage, da sich dies negativ auf ihr traditionell gutes Wahlergebnis bei dem Ende Oktober anstehenden Kommunalwahlen ausgewirkt hätte.

Führungskrise bei der Volkspartei

Die ČSSD forderte eine gemeinsame Lösung durch die beiden Großparteien. So wurde Mitte August mit Miloslav Vlček Seif ein Vertreter der ČSSD zum Parlamentspräsidenten gewählt. Trotzdem versuchte der ČSSD-Vorsitzende Paroubek offensichtlich, in Gesprächen die KDU-ČSL für eine Koalition mit Duldung durch die Kommunisten zu gewinnen. Dies rief innerhalb der **christdemokratischen Volkspartei schwere Turbulenzen** hervor, die schließlich zum Rücktritt des Vorsitzenden **Miroslav Kalousek** sowie der gesamten Parteispitze führten. Die **Parteibasis stand nicht hinter den geheimen Verhandlungen mit den Sozialdemokraten** und insbesondere nicht hinter der angedachten Verbindung mit den Kommunisten.

Alleingang der ODS im September

Mitte August beauftragte der tschechische **Präsidenten Václav Klaus** den ODS-Vorsitzenden Topolánek mit der Regierungsbildung. Dieser stellte am 4. September schließlich im Alleingang eine ODS-Minderheitsregierung der vor. Das Regierungsprogramm bestehe aber trotzdem im Wesentlichen aus dem mit den Grünen und der Volkspartei ausgehandelten Koalitionsvertrag, beschwichtigte der vorläufige Ministerpräsident seine Partner. Auch die Sozialdemokratie könnte sich durchaus „in diesem Programm wieder finden und daher für diese Regierung stim-

men“, so seine Hoffnung. Des Weiteren sprach Topolánek von einem „**begrenzten Mandat**“ der Regierung. Er kündigte eine verkürzte Legislaturperiode mit Neuwahlen im nächsten Jahr an. Ungeachtet dessen begannen die neu eingesetzten Minister kurz nach ihrem Amtsantritt zum Teil erhebliche personelle Veränderungen in ihren Ministerien vorzunehmen.

Die „**Schonfrist**“ von **30 Tagen**, innerhalb der die Regierung nach ihrer Vereidigung im Abgeordnetenhaus die Vertrauensfrage stellen muss, schöpfte Topolánek fast vollständig bis zum 3. Oktober aus. Mit den Sozialdemokraten um Paroubek konnte jedoch keine Einigkeit erzielt werden. Im Gegenteil: **Die Fronten verhärteten sich** sogar noch bis zum Tag der Abstimmung. Da half auch die kurz zuvor erfolgte Zusage der Grünen für eine Unterstützung der ODS nicht.

Wie geht es weiter?

Obwohl Paroubek sicherlich noch auf die Möglichkeit spekuliert, als Ministerpräsident einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung zurückzukehren, dürften nun dennoch **vorgezogene Parlamentswahlen sehr wahrscheinlich** geworden sein. Dafür sprach sich auch Ex-Präsident Václav Havel am Wochenende aus. Bis zu den Neuwahlen sollte eine **politisch neutrale Übergangsregierung** im Amt bleiben, die sich nicht ausschließlich aus der ODS-Spitze rekrutiert, so Havel. Regierungschef könnte trotzdem Topolánek bleiben. Des Weiteren regte Havel eine Reform und Neustrukturierung der tschechischen Verfassung an. Diese müsste vor allem einfacher und verständlicher sein. Als Vorbild könnte die amerikanische Verfassung dienen.

Topolánek erklärte nach der Abstimmungsniederlage, dass er nach seinem Rücktritt einen zweiten Anlauf auf das Ministerpräsidentenamt



wagen will. Bewegung könnte in das Geschehen kommen, wenn sich die Spekulationen einer Unterstützung der Sozialdemokraten durch Abgeordnete der Christdemokraten bewahrheiten. Damit könnte auch Paroubek doch noch eine Mehrheit erreichen. Was jedoch diese Christdemokraten dann gewinnen, bleibt im Dunklen. Im Notfall droht den Abweichlern der Parteiausschluss. Es scheint völlig ausgeschlossen, dass sich die Breite der Christdemokraten in irgendeiner Weise auf eine Kooperation mit den Kommunisten verständigen könnte.

Im Moment liegt der Ball bei Präsident Klaus, der in den kommenden Wochen erneut Topolánek oder aber auch einen anderen Politiker nochmals mit der Bildung einer Regierung beauftragen kann. Klaus kündigte am Rande eines Staatsbesuchs in Singapur an, damit bis zu den Kommunal- und Senatswahlen am 20. und 21. Oktober warten zu wollen. Bis dahin wird die ODS-Regierung trotz Abstimmungsniederlage und Rücktritt kommissarisch im Amt bleiben. Das dann neu zusammen gestellte Kabinett muss sich dann wieder nach 30 Tagen einer Vertrauensabstimmung im Parlament stellen. Der verfassungsgemäße Weg zu Neuwahlen ist relativ langwierig. Erst wenn die Regierung zweimal an der Vertrauensabstimmung scheitert und in der Folge der Parlamentspräsident die Regierung ernennt, sind die Bedingungen für Neuwahlen erfüllt. Bis zu den Neuwahlen, auf die sich die Mehrheit des Parlaments erst noch einigen müsste, würde dann eine Übergangsregierung die Geschäfte führen, so der Analyst Georgiev. Abhilfe könnte eine Verfassungsänderung schaffen. Ob man sich dabei zwischen den Parteien einigen kann, ist jedoch fraglich.

Prag, den 04.10.06

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Prag**

Verantwortlich
Dr. Stefan Gehrold

Mitarbeit
Gerhard Hopp

Klimentská 46
110 02 Praha 1
Tel.: 00420-222 320 190
Fax: 00420-222 320 198
Email: kasprag@kasprag.cz
Web: www.kas.de/prag